

## Resilienz braucht Einsicht, Willen und Geld!



Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius und sein Generalinspekteur, General Carsten Breuer, sind seit Herbst letzten Jahres nicht müde geworden, landauf und landab dafür zu werben, dass Deutschland als Ganzes – und nicht nur die Bundeswehr – innerhalb weniger Jahre kriegstüchtig werden müsse, um in der Lage zu sein, eben einen solchen Krieg wirksam durch Abschreckung zu verhindern. Obwohl man in Berlin merken kann, dass alle Regierungs-relevanten Parteien dieser Argumentation intellektuell folgen, haben Pistorius und Breuer bedauerlicherweise so

gut wie keine öffentlich sichtbare Rückendeckung und Solidarität für ihre Wortwahl („Kriegstüchtigkeit“) erfahren, auch nicht vom Kanzler und den Spitzen der Koalitionsparteien Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP. Dabei dürfte allen Politikern der Ampel-Parteien wie auch der CDU/CSU-Opposition nachdrücklich klar sein, dass Deutschland – ob mit oder ohne Donald Trump als nächstem US-Präsidenten – mehr als 2 % des BIP für Verteidigung wird ausgeben müssen und dies nach Verbrauch des Bundeswehr-Sondervermögens kräftige Steigerungen des BMVg-Budgets erforderlich machen wird, für die in der jetzt kommenden Mittelfristigen Finanzplanung die Weichen in Richtung Aufwuchs erkennbar gestellt werden müssen. All dies ist hinlänglich bekannt, führt aber bis jetzt nicht zu erkennbaren Commitments von Seiten der Politik. Zu sehr sind die genannten Parteien und ihr Spitzenpersonal bereits damit beschäftigt, ihre Startlöcher für den nächsten Wahlkampf zu graben, auch weil angesichts der fundamentalen Divergenzen zwischen den Ampel-Parteien nicht klar ist, ob dieser Wahlkampf tatsächlich noch mehr als ein Jahr auf sich warten lässt oder schon früher relevant wird. Eine weitere Unbekannte sind zudem die Europawahl und die Landtagswahlen in einigen neuen Bundesländern, die ungewohnte Verschiebungen im politischen Spektrum mit sich bringen können.

Auch wenn diese Motive aus einer Innensicht des Berliner Politik-Betriebes heraus nachvollziehbar erscheinen mögen, so wird die Weltlage um uns herum solche Verzögerungen kaum verzeihen. Darum ist es ja gerade der Generalinspekteur der Bundeswehr, der seit Monaten immer wieder mit dem Hinweis in die Öffentlichkeit geht, wir hätten nach allen verfügbaren Erkenntnissen nur wenige Jahre – vier bis fünf – Zeit, um eine rundherum ernstzunehmende Abschreckung aufzubauen, die eben nicht nur die Bundeswehr selbst einschließt, sondern alles, was wir in Deutschland benötigen, um als Drehscheibe für NATO-Truppen stabil zu funktionieren. Diese ganzheitliche Betrachtung liegt auch dem Ansatz des Operationsplanes Deutschland zugrunde, der unter Beteiligung von Bundeswehr und Innenbehörden im Frühjahr 2024 vorliegen und dann schrittweise weiter konsequent implementiert werden soll. Alle diese Schritte benötigen jedoch in erster Linie Geld, und zwar viel mehr Geld, als wir es uns bisher haben eingestehen wollen. Während das Thema der immer noch zu knappen Mittel auf Seiten der Bundeswehr relativ klar zutage liegt – allein bis 2028 muss der BMVg-Etat von derzeit geplanten 52 auf ca. 100 Mrd. € ansteigen -, sind die weiteren Ausgaben für die Erreichung gesamtgesellschaftlicher Resilienz nach wie vor nirgendwo offen quantifiziert und adressiert worden. Auf die kürzliche Frage, warum

wir uns nicht mehr um ein allgemeines Schutzraum-Programm kümmern würden (s. Beispiele in Skandinavien), bekam ich von einem Insider die Antwort, dann würden dafür ja auch Förderungen erwartet, für die derzeit jedoch keine Haushaltsmittel verfügbar seien oder auch nur zum Thema einer Debatte gemacht werden könnten. Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, dass der Wille zur Resilienz bestimmte Schritte erfordert, deren Umsetzung ein Thema der politischen Führung sind. Folgende Schritte erscheinen unabdingbar:

Erstens muss – wie immer bei einer soliden Analyse – mit der Aufstellung eines ungeschminkten Lagebildes begonnen werden, das sodann mit einem beabsichtigten Zielzustand verglichen werden muss. Es ist zu hoffen, dass der Operationsplan Deutschland hierzu einen wesentlichen Beitrag leistet, was im Übrigen auch der Grund dafür ist, warum seine wesentlichen Elemente nicht öffentlich zugänglich sind. Auch ist davon auszugehen, dass die mit innerer und äußerer Sicherheit befassten Ressorts der Bundesregierung über ein hinreichend belastbares Bild der uns drohenden hybriden und nicht hybriden Sicherheitsrisiken verfügen, welches es zugleich erlaubt, den Abstand zwischen heutigem Ist und künftigen Soll unserer Resilienz einigermaßen professionell zu vermessen.

Zweitens müssen aus dem Delta dieser beiden Zustände – heutige Lage und künftiges Zielbild – sowie aus dem zeitlichen Abstand, der zwischen diesen beiden Zuständen maximal zur Verfügung steht, konkrete Maßnahmen abgeleitet werden, die dann entsprechend zu bepreisen sind. Daraus wiederum entstehen haushalterische Zwänge. Eine Bundesregierung, die mit diesen Zwängen nicht offen und pro-aktiv umgeht, würde sich an dem Sicherheitsversprechen versündigen, das jede Bundesregierung ihren Bürgerinnen und Bürgern an oberster Stelle geben muss. Die amtierende Bundesregierung hat dies übrigens in ihrem Koalitionsvertrag unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ vom 07.12.2021 an sehr prominenter Stelle getan, und zwar sofort am Anfang noch vor allen anderen politischen Plänen und Vorhaben. Es ist zu hoffen, dass sie dies gerade auch in Zeiten ernst nimmt, die sich als deutlich schwieriger erweisen, als dies im Dezember 2021 absehbar war.

Drittens müssen – soweit nicht unabweisbare Geheimhaltungsgründe dagegen-sprechen – die Bürgerinnen und Bürger auf breiter Front in diese Überlegungen und Sorgen einbezogen werden. Einsichten in unabdingbare Notwendigkeiten haben noch immer Mehrheiten in der Bevölkerung gefunden, wenn es der politischen Führung gelungen ist, die Rationalität bestimmter Maßnahmen und Opfer glaubhaft der breiten Schicht der „Vernünftigen“ zu vermitteln. Dies war zuletzt unter den Randbedingungen der Covid-Pandemie so, aber auch nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, als es um die zusätzliche Verschuldung in Höhe der 100 Mrd. € als Sondervermögen für die Bundeswehr ging. Zu glauben, dass diese Einsicht jetzt nicht mehr gegeben wäre, erscheint falsch. Das Problem liegt vielmehr beim fehlenden Mut eines Teils der „politischen Klasse“, womit wir wieder bei der fehlenden Unterstützung des Bundesverteidigungsministers mit Blick auf seinen Ruf nach „Kriegstüchtigkeit“ wären.

Was bedeutet dies für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, die hochmotiviert ist, um die Sicherheitsbelange unseres Landes mit entsprechenden Produkten zu unterstützen, sei mit Produkten für die Bundeswehr selbst oder solchen für unsere Behörden und Organe mit Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit? Was erwartet diese Branche von einem gebotenen Bekenntnis unserer Politik zu einer umfassenden „Resilienzwirtschaft“, um der in wenigen Jahren zu schaffenden „Kriegstüchtigkeit“ den Weg zu bereiten?

Diese Wünsche seien hier in folgenden fünf Punkten zusammengefasst:

### **(1) Finanzpolitische Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern**

Die Herstellung gesamtgesellschaftlicher Resilienz steht und fällt mit der Bereitschaft von Regierung, Parlamenten und Bevölkerung, hierfür die unvermeidlichen finanziellen Opfer zu bringen. Die Politik muss den Bürgerinnen und Bürgern über die international äußerst angespannte sicherheitspolitische Lage „reinen Wein“ einschenken und die finanziellen Opfer, die daraus erwachsen, klar ansprechen.

### **(2) Auflösung des Konflikts zwischen den gesellschaftlichen Zielen von Sicherheit und Nachhaltigkeit**

Sicherheit und Nachhaltigkeit sind in Wirklichkeit keine gesellschaftspolitischen Gegensätze. Nachhaltigkeit setzt Sicherheit voraus. Nur bei Abwesenheit von Krieg lassen sich unsere Lebensgrundlagen in Bezug auf Umwelt und Menschenwürde für uns und für unsere Nachwelt bewahren. Dieser Logik muss auf allen Ebenen gefolgt werden. Dieser Erkenntnis tragen wir jedoch auf verschiedenen Ebenen unserer gesellschaftspolitischen Debatte noch nicht Rechnung. Immer noch fühlen sich Akteure des privaten Finanzmarktes – wie Banken und Investmentfonds – durch die Signale des „Green Deal“ der EU dazu angehalten, Rüstungsaktivitäten selbst dann aus ihren Aktivitäten zu verbannen, wenn diese unmittelbar der Stärkung unserer eigenen Streitkräfte dienen. Hier bedarf es weiterer Klärungen seitens der EU-Finanzmarktregulatorik, die leider immer noch auf sich warten lassen. Ebenso unverständlich ist, dass 75 deutsche Hochschulen immer noch sogenannte Zivilklauseln praktizieren, die de facto Forschung an Gegenständen militärischer oder rüstungsbezogener Art verbieten. Auch darf es nicht sein, dass die EU mit ihrer „REACH“-Verordnung (REACH = „Restriction, Evaluation and Assessment of Chemicals“) die Anwendung auch solcher Stoffe verbietet, ohne die sich bestimmte Hochtechnologie-Rüstungsgüter in der EU nicht mehr herstellen lassen.

### **(3) Beschleunigung und Vereinfachung auch bei Genehmigungsverfahren**

Ein weiteres Erfordernis liegt darin, die umweltbezogenen Standards bei der Genehmigung neuer, für unsere Resilienz wichtiger Infrastrukturen, Anlagen und Herstellungsstätten so zu gestalten, dass daraus keine Sicherheitsrisiken entstehen. Mit Blick auf den maßgeblichen Faktor Zeit bedarf es zur Resilienz eines ganzen Bündels gesetzlicher Sonderregelungen ähnlich denen des LNG-Beschleunigungsgesetzes aus dem Jahr 2022, als eine Gasmallage drohte. Schließlich muss es uns gelingen, schnell weitere industrielle Ressourcen für unsere Sicherheits- und Rüstungsaufgaben zu mobilisieren, die bisher anderen Aufgaben – wie etwa dem Automobilbau – gewidmet waren. Hierzu bedarf es unter anderem der schnellen Gewährung von Sicherheitsermächtigungen für die in den Rüstungsbereich überwechselnden Beschäftigten.

### **(4) Resilienz nur so stark wie ihr schwächstes Glied**

Angesichts einer Bedrohungslage, die im sog. „Ernstfall“ nicht alleine durch einen militärischen Angriff auf NATO-Territorium, sondern durch die Gesamtpalette hybrider Angriffsszenarien gekennzeichnet sein würde, entscheidet jeweils das schwächste angreifbare Glied der Sicherheitskette über die Gesamt-Resilienz des Systems. Es muss daher das Ziel sein, alle erkannten Schwachpunkte in ihrer Resilienz zu stärken, weil ansonsten die Stärkung aller übrigen Bereiche keinen Sinn hätte.

## **(5) Weitere Anforderungen an „Resilienzwirtschaft“ mit Blick auf Rüstung**

(a) Da die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit ihren großen Systemhäusern und den vielen mittelständischen Spezialisten privatwirtschaftlich organisiert ist, kommt es für einen entschlossenen Kapazitätsaufbau noch entscheidender auf die Herstellung verlässlicher Planbarkeit an.

(b) Eine solche Planbarkeit darf nicht nur finanzieller Natur sein, sondern muss auch mit einer Abstimmung der inhaltlichen Beschaffungsabsichten zwischen Bundeswehr und Industrie einhergehen. Dabei muss ein klarer Vorrang für nationale Beschaffungen definiert und mittels entsprechenden Umgangs mit § 107 GWB in Verbindung mit Art. 346 AEUV auch umgesetzt werden.

(c) Weiterhin wichtig sind staatliche Maßnahmen zur Verringerung von Abhängigkeiten bei den für die Verteidigungswirtschaft kritischen Rohstoffen und Vormaterialien. Dies wird nur funktionieren, wenn die Bundesregierung bereit ist, mit zusätzlichen Finanzmitteln und hinreichend flexiblen technischen Vorgaben den Anbietern eine Brücke zu bauen, um über eine angemessene Zeit hinweg für gängige Produkte eine entsprechende Resilienz zu erreichen.

(d) Fragen der Rekrutierung qualifizierten Personals für den Kapazitätshochlauf der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sind auch in Deutschland ein Thema, selbst wenn bisher keine allzu gravierenden Engpässe bekannt sind. Umso mehr müsste im Rahmen einer vorausschauenden Resilienzwirtschaft dafür gesorgt werden, dass zwischen dem Abbau von Arbeitskräften in anderen ähnlich qualifizierten Bereichen (s. das Beispiel Automobilindustrie) und dem Hochlauf im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ein konzertierter Ansatz praktiziert wird.

Alles dies ist, wie die Beispiele aus den letzten Jahren zeigen, auch möglich, sofern (a) die entsprechende Einsicht vorhanden ist und diese der Bevölkerung transparent vermittelt wird, (b) daraus ein politischer Führungswille entschlossen artikuliert wird und (c) die dafür notwendigen Mittel mobilisiert werden. Diese Mittel-Mobilisierung darf sich nicht allein auf der Ebene von Umverteilungsdebatten bewegen. Der demnächst aus dem Amt scheidende NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat es 2023 am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz wie folgt kurz und knapp auf den Punkt gebracht: „Mehr Ausgaben für Verteidigung bedeuten immer zugleich weniger Geld für andere wichtige Aufgaben. Aber was kann es Wichtigeres geben als unsere Sicherheit und die Bewahrung unseres Friedens?“ Diese schliche Botschaft sollte auch in Berlin stärker verinnerlicht werden.

Dr. Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer BDSV e.V.

(erschieden im cpm-Verlag, Ausgabe 02 2024)